

## **Beteiligentransparenzdokumentation**

### **Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Paßgesetzes und des Personalausweisgesetzes und des Thüringer E-Government-Gesetzes**

**Einbringer:** Landesregierung

**(Drucksache 7/1649)**

#### **Inhalt**

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 11. Juli 2022

## **1. Drucksache**

## **G e s e t z e n t w u r f**

### **der Landesregierung**

## **Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Paßgesetzes und des Personalausweisgesetzes und des Thüringer E-Government-Gesetzes**

### **A. Problem und Regelungsbedürfnis**

Das eID-Karte-Gesetz (eIDKG) vom 21. Juni 2019 (BGBl. I S. 846) ist am 1. November 2019 in Kraft getreten. Nach § 1 Abs. 1 eIDKG wird die Funktion des elektronischen Identitätsnachweises, auch Online-Ausweisfunktion genannt, des Personalausweises auch für Staatsangehörige eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugänglich. Zu diesem Zweck sieht das eID-Karte-Gesetz vor, dass der genannte Personenkreis auf freiwilliger Basis eine eID-Karte beantragen kann. Sachlich zuständig für Angelegenheiten, die die eID-Karte betreffen, sind nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 eIDKG in Deutschland die von den Ländern bestimmten Behörden.

Dies erfordert für Thüringen eine entsprechende Zuständigkeitsbestimmung. Darüber hinaus sind von den Ländern die für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 24 eIDKG zuständigen Verwaltungsbehörden nach § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten zu bestimmen.

Die jeweils erforderliche Bestimmung soll durch Ergänzung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Paßgesetzes und des Personalausweisgesetzes vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 297) in der jeweils geltenden Fassung erfolgen.

Das Thüringer E-Government-Gesetz (ThürEGovG) vom 10. Mai 2018 (GVBl. S. 212, 294) in der jeweils geltenden Fassung beinhaltet die Rechtsgrundlage für die technischen Überwachungsmaßnahmen des Landesrechenzentrums zum Schutz des Landesdatennetzes in § 32 ThürEGovG.

Im Rahmen der Arbeit mit dieser Ermächtigungsgrundlage ist aufgefallen, dass in § 34 ThürEGovG, mit dem wegen der Einschränkungen der Grundrechte nach Artikel 10 des Grundgesetzes und Artikel 7 der Verfassung des Freistaats Thüringen dem in Artikel 42 Abs. 3 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen verankerten Zitiergebot Rechnung getragen wird, auf § 30 ThürEGovG verwiesen wird. Durch eine Änderung der Nummerierung der Paragraphen im Rahmen des parlamentarischen Ge-

setzungsverfahrens wurde aus dem im Gesetzentwurf aufgenommenen § 30 ThürEGovG der § 32 ThürEGovG. Die entsprechende Verweisung auf die vom Zitiergebot betroffene Regelung in § 34 ThürEGovG wurde dabei versehentlich nicht angepasst.

Die Korrektur der Regelung durch die Änderung der Verweisung auf die betreffende Ermächtigungsgrundlage für den Grundrechtseingriff nach Artikel 10 des Grundgesetzes und Artikel 7 der Verfassung des Freistaats Thüringen soll durch Änderung des Thüringer E-Government-Gesetzes erfolgen.

## **B. Lösung**

Erlass eines Mantelgesetzes, mit dem in Artikel 1 die erforderlichen Umsetzungen der bundesgesetzlichen Regelungen des eID-Karte-Gesetzes im Thüringer Gesetz zur Ausführung des Paßgesetzes und des Personalausweisgesetzes und in Artikel 2 die erforderliche Richtigstellung der Verweisung in § 34 ThürEGovG vorgenommen wird.

## **C. Alternativen**

Die Pass- und Personalausweisbehörden sind die geeignetsten Behörden für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem eID-Karte-Gesetz. Wesentliche Abläufe im Zusammenhang mit der eID-Karte entsprechen denjenigen bei den Pass- und Personalausweisen, so dass Synergieeffekte genutzt werden können.

Zur Änderung des Thüringer E-Government-Gesetzes gibt es keine Alternative.

## **D. Kosten**

Dem Land und den Bürgern entstehen durch dieses Mantelgesetz keine zusätzlichen Kosten.

Den Kommunen entstehen bei der Umsetzung des Artikels 1 aufgrund der Bestimmung als zuständige Behörde nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 und § 24 eIDKG allenfalls geringfügige Kosten für die Entwicklung oder Ergänzung bestehender IT-Fachverfahren. Hierzu wird auf die Gesetzesfolgenabschätzung in der Begründung zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Karte für Unionsbürger und Angehörige des Europäischen Wirtschaftsraums mit Funktion zum elektronischen Identitätsnachweis sowie zur Änderung des Personalausweisgesetzes und weiterer Vorschriften vom 4. Januar 2019 (Bundesratsdrucksache 6/19, S. 24) verwiesen. Dabei wurden vom Bund einmalige Kosten in geschätzter Höhe von 500.000 Euro durch die Entwicklung neuer oder die Ergänzung bestehender IT-Fachverfahren für die Länder insgesamt veranschlagt. Die laufenden Kosten ergeben sich durch die Bearbeitung der Anträge auf eID-Karten und die Pflege der Infrastruktur. Für individuell zurechenbare öffentliche Leistungen nach dem eID-Karte-Gesetz erheben die eID-Karte-Behörden Gebühren und Auslagen nach § 23 eIDKG. Die gebührenpflichtigen Tatbestände, die Gebührenhöhe und die Auslagenerstattung sollen durch eine Rechtsverordnung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, näher bestimmt werden (§ 23 Abs. 3 eIDKG).

Durch die Änderung des Thüringer E-Government-Gesetzes nach Artikel 2 des Mantelgesetzes entstehen keine Kosten.

**E. Zuständigkeit**

Federführend ist das Ministerium für Inneres und Kommunales. Abweichend von Satz 1 ist für die Änderung des Thüringer E-Government-Gesetzes durch Artikel 2 das Finanzministerium zuständig.

**FREISTAAT THÜRINGEN  
DER MINISTERPRÄSIDENT**

An die  
Präsidentin des Thüringer Landtags  
Frau Birgit Keller  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Erfurt, den 15. September 2020

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen  
Entwurf des

"Gesetzes zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung  
des Paßgesetzes und des Personalausweisgesetzes und des Thü-  
ringer E-Government-Gesetzes"

mit der Bitte um Beratung durch den Landtag.

Mit freundlichen Grüßen

Bodo Ramelow

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Paßgesetzes und des Personalausweisgesetzes und des Thüringer E-Government-Gesetzes**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

**Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Paßgesetzes und des Personalausweisgesetzes**

Das Thüringer Gesetz zur Ausführung des Paßgesetzes und des Personalausweisgesetzes vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 297) wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift erhält folgende Fassung:

"Thüringer Gesetz zur Ausführung des Paßgesetzes, des Personalausweisgesetzes und des eID-Karte-Gesetzes (ThürAGPaßGPAuswGeIDKG)"

2. Die §§ 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

**"§ 1**

**Sachliche Zuständigkeit**

Passbehörden nach § 19 Abs. 1 Satz 1 des Paßgesetzes (PaßG), Personalausweisbehörden nach § 7 Abs. 1 des Personalausweisgesetzes (PAuswG) und eID-Karte-Behörden nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 des eID-Karte-Gesetzes (eIDKG) sind jeweils die Gemeinden. Sie nehmen die Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis wahr.

**§ 2**

**Zuständigkeit für die Verfolgung und  
Ahndung von Ordnungswidrigkeiten**

Für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 25 PaßG, § 32 PAuswG oder § 24 eIDKG ist zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, soweit nicht Bundesbehörden nach § 26 PaßG oder § 33 PAuswG zuständig sind, die jeweils zuständige Passbehörde, Personalausweisbehörde oder eID-Karte-Behörde."

**Artikel 2**

**Änderung des Thüringer E-Government-Gesetzes**

§ 34 des Thüringer E-Government-Gesetzes vom 10. Mai 2018 (GVBl. S. 212, 294), das durch Artikel 4 des Gesetzes vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 312) geändert worden ist, erhält die folgende Fassung:

**"§ 34**

**Einschränkung von Grundrechten**

Durch § 32 dieses Gesetzes werden das Fernmeldegeheimnis und das Kommunikationsgeheimnis (Artikel 10 des Grundgesetzes, Artikel 7 der Verfassung des Freistaats Thüringen) eingeschränkt."

**Artikel 3**

**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

**Begründung:****A. Allgemeines**

Das eID-Karte-Gesetz (eIDKG) vom 21. Juni 2019 (BGBl. I S. 846) ist am 1. November 2019 in Kraft getreten. Mit dem eID-Karte-Gesetz wird die Funktion des elektronischen Identitätsnachweises des Personalausweises (Online-Ausweisfunktion) auch für Staatsangehörige eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugänglich. Zu diesem Zweck sieht das eID-Karte-Gesetz vor, dass der genannte Personenkreis auf freiwilliger Basis eine eID-Karte beantragen kann.

Nachdem die Länder über den Bundesrat mehr Zeit für die Umsetzung des eID-Karte-Gesetzes erbat, beschloss der Bundestag, die Einführung der eID-Karte um ein Jahr auf den 1. November 2020 zu verschieben. Die hierfür nötige Verschiebung durch Änderung des Inkrafttretens wurde in Artikel 154a Nr. 6 Buchst. a des Zweiten Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetzes EU vom 20. November 2019 (BGBl. I S. 1626) aufgenommen. Das Zweite Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU wurde von Bundestag und Bundesrat beschlossen und trat nach seinem Artikel 155 Abs. 1 hinsichtlich seines Artikels 154a am Tag nach der Verkündung in Kraft. Die Verkündung des Zweiten Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetzes EU erfolgte jedoch erst am 25. November 2019 und somit nicht vor dem 1. November 2019, so dass die im Zweiten Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU mitbeschlossene Verschiebung des Inkrafttretens des eID-Karte-Gesetzes um ein Jahr aus rechtstechnischen Gründen ins Leere lief.

Die Umsetzungsplanung des eID-Karte-Gesetzes ist dennoch von Bund und Ländern auf den 1. November 2020 eingestellt. Die eID-Karte für Staatsangehörige eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, mit der dieser Personenkreis die Online-Ausweisfunktion nutzen kann, wird voraussichtlich erst ab dem 1. November 2020 erhältlich sein.

Vorbild ist die Online-Ausweisfunktion des Personalausweises. Der deutsche Personalausweis ist bereits mit einer Funktion zum elektronischen Identitätsnachweis ausgestattet. Die Funktion des elektronischen Identitätsnachweises ermöglicht Karteninhabern, ihre Identität gegenüber Online-Diensten einfach und sicher nachzuweisen. Um sie einem größeren Personenkreis zugänglich zu machen, wird mit dem eID-Karte-Gesetz eine eID-Karte auf freiwilliger Basis eingeführt, die von Staatsangehörigen eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Vertragsstaats des Europäischen Wirtschaftsraums beantragt werden kann. Auf dem Chip dieser Karte werden die wichtigsten Personendaten gespeichert. Der elektronische Identitätsnachweis kann mit der eID-Karte geführt werden, indem man die eID-Karte auf ein geeignetes Lesegerät - das auch ein Smartphone sein kann - legt und die persönliche Geheimnummer eingibt. Im Anschluss werden die auf dem Chip gespeicherten Personendaten übermittelt. Auf diese Weise erfolgt eine zuverlässige Identifizierung, um beispielsweise online ein Führungszeugnis zu beantragen oder die Steuererklärung abzugeben.

Sachlich zuständig für Angelegenheiten, die die eID-Karte betreffen, sind in Deutschland nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 eIDKG die von den Ländern bestimmten Behörden. Darüber hinaus sind die für die Ahnung von Ordnungswidrigkeiten nach § 24 eIDKG zuständigen Behörden zu bestimmen.



Insbesondere aus Gründen des Sachzusammenhangs mit den Aufgaben nach dem Personalausweisgesetz (PAuswG) und dem Paßgesetz (PaßG), für die die Gemeinden bereits zuständig sind, wird die Zuständigkeit für die Aufgaben nach dem eID-Karte-Gesetz mit der Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Paßgesetzes und des Personalausweisgesetzes vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 297) in der jeweils geltenden Fassung durch Artikel 1 des Mantelgesetzes ebenfalls auf die Gemeinden übertragen. Diese Regelung steht im Einklang mit den Regelungen aller übrigen Bundesländer. Nach dem Ergebnis einer Länderrumfrage des Ministeriums für Inneres und Kommunales (Stand: Mai 2020) sehen alle übrigen Bundesländer eine Übertragung der Zuständigkeit für die Ausführung des eID-Karte-Gesetzes auf die Pass- und Personalausweisbehörden beziehungsweise auf die Ordnungsbehörden (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern) vor.

Eine ebenfalls denkbare Übertragung der Zuständigkeit auf die bei den Landkreisen und kreisfreien Städten angesiedelten Ausländerbehörden wurde insbesondere deshalb nicht normiert, weil das Aufenthaltsgesetz auf Unionsbürger grundsätzlich keine Anwendung findet. Es gibt daher für Unionsbürger keinen "obligatorischen Gang" zur Ausländerbehörde. Im Gegensatz dazu sind Unionsbürger aber verpflichtet, sich bei der gemeindlichen Meldebehörde anzumelden. Die Zuständigkeit bei den Gemeinden anzusiedeln, ist somit bürgerfreundlicher.

Mit Artikel 2 des Mantelgesetzes erfolgt eine redaktionelle Anpassung des § 34 des Thüringer E-Government-Gesetzes (ThürEGovG) vom 10. Mai 2018 (GVBl. S. 212, 294) in der jeweils geltenden Fassung. § 32 ThürEGovG enthält eine Ermächtigung, die unter anderem zu Eingriffen in die von Artikel 10 des Grundgesetzes und Artikel 7 der Verfassung des Freistaats Thüringen umfassten Schutzbereiche ermächtigt. Artikel 19 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes und Artikel 42 Abs. 3 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen erfordern die Benennung des Grundrechts unter Angabe der jeweiligen Artikel des Grundgesetzes und der Verfassung des Freistaats Thüringen. § 34 ThürEGovG nimmt nunmehr die Verweisung auf § 32 ThürEGovG vor.

## **B. Zu den einzelnen Bestimmungen**

### **Zu Artikel 1**

#### **Zu Nummer 1**

Die Überschrift des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Paßgesetzes und des Personalausweisgesetzes wird aufgrund der Aufnahme der Regelungen zur Ausführung des eID-Karte-Gesetzes neu gefasst. Damit soll der erweiterte Anwendungsbereich zum Ausdruck gebracht werden.

#### **Zu Nummer 2**

##### **Zu § 1**

Nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 eIDKG ist den Ländern die Befugnis eingeräumt, die eID-Karte-Behörden durch Landesrecht zu bestimmen. Die sachliche Zuständigkeit der Gemeinden als eID-Karte-Behörden wird in § 1 durch eine Ergänzung gegenüber der bisher geltenden Regelung festgeschrieben.

Die örtliche Zuständigkeit ist in § 7 eIDKG geregelt.

Die bereits bisher geregelte sachliche Zuständigkeit der Gemeinden als Pass- und Personalausweisbehörden bleibt unverändert.

Zu § 2

Die Regelung enthält die erforderliche Bestimmung der eID-Karte-Behörden als zuständige Verwaltungsbehörden im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG). Die Bußgeldregelungen sind in § 24 eIDKG enthalten. Eine Zuständigkeit von Bundesbehörden im Bußgeldverfahren ist, anders als in § 26 PaßG und § 33 PAuswG, im eID-Karte-Gesetz nicht festgelegt.

Unverändert bleibt die bereits bisher erfolgte Bestimmung der Pass- und Personalausweisbehörden als zuständige Verwaltungsbehörden im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 OWiG bestehen.

#### **Zu Artikel 2**

Mit der Neufassung des § 34 ThürEGovG wird die erforderliche Korrektur der Verweisung auf § 32 ThürEGovG berücksichtigt.

#### **Zu Artikel 3**

Mit dieser Bestimmung wird das Inkrafttreten des Mantelgesetzes geregelt.

## **2. Vom Einbringer übersandte Daten**

Gemeinde- und Städtebund e.V.

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Thüringischer Landkreistag e.V.

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Thür AG Pass P Ausw G													
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>												
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;"> <del>Gemeinde- und Städtebund</del>  <b>Thüringen</b>            Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt            Tel. (0361) 2 20 50 - 0            Fax <del>(0361) 2 20 50 - 50</del> </td> <td style="padding: 2px; text-align: center; vertical-align: middle;">L. V.</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<del>Gemeinde- und Städtebund</del> <b>Thüringen</b> Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax <del>(0361) 2 20 50 - 50</del>	L. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort			
	Name	Organisationsform											
	<del>Gemeinde- und Städtebund</del> <b>Thüringen</b> Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax <del>(0361) 2 20 50 - 50</del>	L. V.											
	Geschäfts- oder Dienstadresse												
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)												
Postleitzahl, Ort													
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>												
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 30px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 30px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 30px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 30px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname											
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse											
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>												
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <div style="display: flex; align-items: center;"> <div style="margin-right: 10px;"> <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet,  <input type="checkbox"/> abgelehnt,  <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt? </div> </div>	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	per E-Mail per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	ja	nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.  
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss  
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gifhorn, 18. Aug. 2020	



**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung d. Thür. Gesetzes zur Ausführung d. Passgesetzes und d. Personalausweisgesetzes													
1.	<p>Haben Sie sich als <b>juristische Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>												
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Thür. Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit</td> <td style="border: none;">Oberste Landesbehörde</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Häßlerstraße 8</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thür. Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Oberste Landesbehörde	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Häßlerstraße 8	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt		
	Name	Organisationsform											
	Thür. Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Oberste Landesbehörde											
	Geschäfts- oder Dienstadresse												
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Häßlerstraße 8											
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt												
2.	<p>Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)</p>												
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse                         <input type="checkbox"/> Wohnadresse                     </td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;">                         (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)                     </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse		(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname											
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse												
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)												
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Aufsichtsbehörde für den Datenschutz gem. § 4 I ThürDSG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Hinweis auf Durchführung einer Datenschutz - Folgenabschätzung	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	- Anhörung im Rahmen der Thür EGGO	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	



7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, den 28.7.2020	



**Postsendungen bitte an die Postanschrift des TLfDI, Postfach 900455, 99107 Erfurt!**

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und  
die Informationsfreiheit (TLfDI), PF 900455, 99107 Erfurt

AZ:

(Aktenzeichen bei Antwort angeben)

Thüringer Ministerium für Inneres und  
Kommunales  
Steigerstraße 24  
99096 Erfurt

Ihre Nachricht vom :  
Ihr Zeichen :  
Bearbeiter/in :  
Telefon :  
Erfurt, den : 28. Juli 2020

**Beteiligung nach GGO; Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Passgesetzes und des Personalausweisgesetzes (ThürAGPassPAuswG)**

Sehr geehrte Frau

vielen Dank für die Übersendung des o. g. Entwurfs und die Möglichkeit der Stellungnahme.

Der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit hat aus datenschutzrechtlicher Sicht zum Gesetzentwurf keine Anmerkungen, da dieses nur die sachliche Zuständigkeit gemäß § 6 Abs. 1 Nr.1 eID-Karte-Gesetz regelt.

Gleichwohl möchte der TLfDI das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales bereits informativ auf Folgendeshinweisen:

Nach Art. 35 Abs. 4 DS-GVO erstellt die Aufsichtsbehörde für den Datenschutz (für Thüringen der TLfDI) eine Liste von Verarbeitungsvorgängen, für welche

Postanschrift: Postfach 900455  
99107 Erfurt

Dienstgebäude: Häßlerstraße 8  
99096 Erfurt

Telefon: 0361 57-3112900  
Telefax: 0361 57-3112904  
E-Mail\*: [poststelle@datenschutz.thueringen.de](mailto:poststelle@datenschutz.thueringen.de)  
Internet: [www.tlfdi.de](http://www.tlfdi.de)

\*Die genannte E-Mail-Adresse dient nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur/ Verschlüsselung und für mit PGP verschlüsselte Mitteilungen.

zwingend eine Datenschutz-Folgeabschätzung nach Art. 35 DS-GVO erstellt werden muss. Die aktuelle Liste füge ich diesem Schreiben bei. Auf Seite 4 der Liste unter Nr. 3 werden auch Verfahren zur Verarbeitung von Meldedaten und Melderegistern aufgezählt. Laut Bundestagsdrucksache 19/8038 (Gesetzesverabschiedung des eID-Karten-Gesetzes) wird in Artikel 1 § 19 Abs. 1 ein eID-Karten-Register zur Umsetzung der Kartenregistrierung genutzt. Auch diese Drucksache füge ich diesem Schreiben bei. Das eID-Karten-Register muss durch den Bund und die ausführenden Kommunen zusätzlich erschaffen und in die bestehende Infrastruktur eingebunden werden. Nach Auffassung des TLfDI ist das eID-Karten-Register ein Melderegister und unterfällt somit der Pflicht zur Erstellung einer Datenschutz-Folgeabschätzung.

Von der Pflicht, eine solche Datenschutz-Folgeabschätzung zu erstellen, kann sich der Verantwortliche entbinden, wenn durch den Gesetzgeber bereits eine solche Datenschutz-Folgeabschätzung im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens durchgeführt wurde oder eine Datenschutz-Folgeabschätzung für ein ähnliches Verfahren bereits existiert (siehe Art. 35 Abs. 10 DS-GVO und Art. 35 Abs. 1 Satz 2 DS-GVO). Dies ist wohl nicht geschehen. Somit kommt der TLfDI zu dem Ergebnis, dass die in Thüringen zuständige verantwortliche Stellen verpflichtet wären, eine Datenschutzfolgeabschätzung durchzuführen. Da diese in den meisten Fällen bei den verantwortlichen Stellen wohl ähnlich aussehen könnten, könnte hier eine Handlungsempfehlung durch das TMIK hilfreich sein.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Passgesetzes und des Personalausweisgesetzes											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Thüringischer Landkreistag</td> <td style="padding: 5px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Richard-Breslau-Str. 13</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringischer Landkreistag	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse            (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)         </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit?</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt? <input checked="" type="checkbox"/> Keine Hinweise oder Ergänzungen	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfes aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	Beteiligung zum Referentenentwurf durch das TMIK	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, den 03.08.2020	

### **3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**

**Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.**

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Forschungsgemeinschaft elektronische Medien e.V.

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Thüringischer Landkreistag e.V.

**Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.**

**Formblatt zur Datenerhebung**  
**nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>											
<b>Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Paßgesetzes und des Personalausweisgesetzes und des Thüringer E-Government-Gesetzes</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/1649 -											
<b>1.</b>	Haben Sie sich als <b>Vertreter einer juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Thür. Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit</td> <td style="border: none;">Oberste Landesbehörde</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Häßlerstraße 8</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thür. Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Oberste Landesbehörde	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Häßlerstraße 8	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thür. Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Oberste Landesbehörde									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Häßlerstraße 8									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
<b>2.</b> Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"><div style="border-bottom: 1px solid black; height: 1.2em; width: 100%;"></div></td> <td style="border: none;"><div style="border-bottom: 1px solid black; height: 1.2em; width: 100%;"></div></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse      <input type="checkbox"/> Wohnadresse  <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"><div style="border-bottom: 1px solid black; height: 1.2em; width: 100%;"></div></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"><div style="border-bottom: 1px solid black; height: 1.2em; width: 100%;"></div></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<div style="border-bottom: 1px solid black; height: 1.2em; width: 100%;"></div>	<div style="border-bottom: 1px solid black; height: 1.2em; width: 100%;"></div>	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer	<div style="border-bottom: 1px solid black; height: 1.2em; width: 100%;"></div>	Postleitzahl, Ort	<div style="border-bottom: 1px solid black; height: 1.2em; width: 100%;"></div>
	Name	Vorname									
	<div style="border-bottom: 1px solid black; height: 1.2em; width: 100%;"></div>	<div style="border-bottom: 1px solid black; height: 1.2em; width: 100%;"></div>									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer	<div style="border-bottom: 1px solid black; height: 1.2em; width: 100%;"></div>									
Postleitzahl, Ort	<div style="border-bottom: 1px solid black; height: 1.2em; width: 100%;"></div>										



3.	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Datenschutzrechtliche Aufsicht & Beratung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	keine Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber</b> !	

7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

<b>Ort, Datum</b>	<b>Unterschrift</b>
Erfurt, den 2.11.2020	

Postsendungen bitte an die Postanschrift des TLfDI, Postfach 900455, 99107 Erfurt!

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und  
die Informationsfreiheit (TLfDI), PF 900455, 99107 Erfurt

(Aktenzeichen bei Antwort angeben)

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

Ihre Nachricht vom :  
Ihr Zeichen :

Erfurt, den : 3. November 2020

**Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Paßgesetzes und des Personalausweisgesetzes und des Thüringer E-Government-Gesetzes Äußerung (Drs. 7/1649)**

**Äußerung gemäß § 112 Abs. 4 GO**

Sehr geehrter Herr Stöffler,

sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vielen Dank für die Übersendung des oben genannten Gesetzentwurfs, zu dem der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI) im Anhörungsverfahren gem. § 112 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags (GOLT) wie folgt Stellung nimmt:

Aus Sicht des TLfDI gibt es derzeit keinen Änderungsbedarf am oben genannten Gesetzentwurf.

Postanschrift: Postfach 900455  
99107 Erfurt

Dienstgebäude: Häßlerstraße 8  
99096 Erfurt

Telefon: 0361 57-3112900  
Telefax: 0361 57-3112904  
E-Mail\*: [poststelle@datenschutz.thueringen.de](mailto:poststelle@datenschutz.thueringen.de)  
Internet: [www.tlfdi.de](http://www.tlfdi.de)

\*Die genannte E-Mail-Adresse dient nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur/ Verschlüsselung und für mit PGP verschlüsselte Mitteilungen,

Bitte nehmen Sie auch die beigefügten Informationen zur Datenverarbeitung beim TLfDI zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Lutz Hasse

Anlage:

- Formblatt gem. § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG

## Informationen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch den TLfDI (Stand Februar 2020)

Um seine Aufgaben nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zu erfüllen, verarbeitet der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Ihre Daten. Wir möchten Sie gerne nach Maßgabe der Art. 13 DS-GVO über diese Verarbeitung informieren.

1. **Verantwortlich** für die Datenverarbeitung ist der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI). Sie erreichen uns unter folgenden **Kontaktdaten**:

TLfDI  
Häßlerstraße 8  
99096 Erfurt  
Tel.: +49 (361) 57-3112900  
Fax: +49 (361) 57-3112904  
Mail: [poststelle@datenschutz.thueringen.de](mailto:poststelle@datenschutz.thueringen.de)<sup>1</sup>

2. Der TLfDI nimmt die Aufgaben und Befugnisse nach Art. 51, Art. 57 Abs. 1, Art. 58 DS-GVO i. V. m. § 40 Abs. 1 BDSG<sup>2</sup> i. V. m. § 4 Abs. 1 ThürDSG wahr. Zu **Zwecken** der Durchführung dieser Aufgaben und der hierzu notwendigen Ausübung von Befugnissen werden Ihre Daten verarbeitet. **Rechtsgrundlage** dieser Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DS-GVO i. V. m. § 16 Abs. 1 ThürDSG.

3. Dabei werden folgende **Datenkategorien** verarbeitet: Angaben zu Ihrer Person sowie dazugehörige Kontaktdaten, Sachverhaltsinformationen und Beweismittel. Grundsätzlich werden diese Daten nur durch den TLfDI verarbeitet. Diese Daten können jedoch, soweit es für die Aufgabenerfüllung erforderlich und zulässig ist, an folgende **Empfängerkategorien** weitergegeben werden: an Gerichte und andere Behörden in Deutschland oder innerhalb der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraumes, an Beschwerdeführer/ Beschwerdegegner sowie an Archive.

Entstehen im Rahmen der Tätigkeit des TLfDI Kosten, die dieser erhebt oder Zahlungsansprüche gegenüber dem TLfDI, die dieser begleicht, so werden die hierfür notwendigen Daten an den Thüringer Landtag als Haushaltsstelle übermittelt. Zugriff auf die Daten haben alle mit der Abrechnung betrauten Behörden und das Thüringer Landesrechnungszentrum als Dienstleister.

Bei telefonischem Kontakt werden durch die TK-Anlage personenbezogene Daten, die ausschließlich zu Zwecken der technischen Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes gespeichert werden, verarbeitet. Gleiches gilt für IT-Dienstleister, die vom Thüringer Finanzministerium für die Sicherstellung der zentralen TK-Anlage beauftragt wurden.

4. Die regelmäßige **Speicherfrist** nach Abschluss eines Vorgangs beträgt fünf Jahre. Sind spezielle Aufbewahrungsfristen zu beachten, verlängert sich

die Aufbewahrung entsprechend. Akten mit vollstreckbaren Titeln werden jedoch mindestens bis zum Eintritt der Vollstreckungsverjährung aufbewahrt.

5. Aufgrund der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das **Recht auf Auskunft** (Art. 15 DS-GVO), das **Recht auf Berichtigung** (Art. 16 DS-GVO), das **Recht auf Löschung** (Art. 17 DS-GVO), das **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DS-GVO) und das **Recht auf Widerspruch\*** (Art. 21 DS-GVO). Darüber hinaus können Sie sich mit einer Beschwerde an den/die behördliche Datenschutzbeauftragte/n wenden, wenn Sie der Auffassung sind, dass der TLfDI bei der Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet hat. Ebenso steht Ihnen ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu. Für Thüringen ist das der TLfDI.

6. Die/ den **behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n** erreichen Sie unter der Adresse des TLfDI<sup>3</sup> bzw. telefonisch oder per E-Mail unter:

Tel.: +49 (361) 57-3112980 oder E-Mail:

[datenschutzbeauftragter@datenschutz.thueringen.de](mailto:datenschutzbeauftragter@datenschutz.thueringen.de)

7. Wenden Sie sich an den TLfDI mit einer Beschwerde oder Anfrage, sind Ihre Angaben freiwillig. Unterbleiben diese, kann Ihnen allerdings kein Ergebnis mitgeteilt werden. Die Nichtbereitstellung von personenbezogenen Daten kann in diesen Fällen unter Umständen dazu führen, dass eine Bearbeitung Ihres Anliegens mangels vollständigen Sachverhaltes und keiner Möglichkeit einer Rückfrage nicht vorgenommen werden kann.

Wendet sich der TLfDI an Sie als Verantwortlicher/Auftragsverarbeiter im Rahmen eines Auskunftsersuchens, ist die Bereitstellung der dort erfragten personenbezogenen Daten verpflichtend. Eine Nichtbereitstellung kann in solchen Fällen zu einem Sanktionsverfahren führen.<sup>2</sup>

**\*Hinweis:** Sie haben das Recht gegenüber dem TLfDI aus Gründen die sich *aus Ihrer besonderen Situation* ergeben, gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen.

<sup>1</sup> verschlüsselte Nachrichten per PGP sind möglich

<sup>2</sup> Nur für den nichtöffentlichen Bereich

<sup>3</sup> Siehe Nr. 1.

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

<b>Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?</b>		
<b>Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Paßgesetzes und des Personalausweisgesetzes und des Thüringer E-Government-Gesetzes</b> Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/1649 -		
<b>1.</b>	Haben Sie sich als Vertreter einer <b>juristischen Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
<b>1.</b>	Name	Organisationsform
	Forschungsgemeinschaft elektronische Medien e.V.	eingetragener Verein
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Max-Planck-Ring 6d
	Postleitzahl, Ort	98693 Ilmenau
<b>2.</b>	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
<b>2.</b>	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
<b>3.</b>	Was ist der <b>Schwerpunkt Ihrer</b> inhaltlichen oder beruflichen <b>Tätigkeit</b> ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)	
	Aufbau und Wartung Campusnetzwerk in den Wohnheimen der TU Ilmenau, Streaming, Studentenfernsehen, Förderung/Durchführung von Projekten der Forschung, Wissenschaft &	

	Bildung, Erziehung, Kunst & Kultur sowie der Völkerverständigung im Bereich elektronischer Medien.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	<b>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte</b> (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren <b>zusammen!</b> (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Keine Anmerkungen zum Gesetzentwurf.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem <b>Anlass</b> haben Sie sich geäußert?	
	In welcher <b>Form</b> haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich <b>als Anwaltskanzlei im Auftrag</b> eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren <b>Auftraggeber!</b>	
7.	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung</b> Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation <b>zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Ilmenau, 21.10.2020	

Forschungsgemeinschaft  
elektronische Medien e.V.



Forschungsgemeinschaft elektronische Medien e. V.  
Max-Planck-Ring 6d  
98693 Ilmenau

FeM e. V., Max-Planck-Ring 6d, 98693 Ilmenau

Thüringer Landtag  
Innen- und Kommunalausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST  
26.10.2020 08:48

25533/2020

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Datum

5. Oktober 2020

21. Oktober 2020

**Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Paßgesetzes und des Personalausweisgesetzes und des Thüringer E-Government-Gesetzes**


Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie uns für diesen Gesetzentwurf um Stellungnahme gebeten haben.  
Zum vorliegenden Text haben wir keine Anmerkungen.

Die Forschungsgemeinschaft elektronische Medien e. V. (FeM e. V.) ist einer der größten studentischen Vereine an der Technischen Universität Ilmenau. Er umfasst derzeit circa 2 000 Mitglieder und betreibt eines der größten selbstverwalteten studentischen Rechnernetzwerke Deutschlands. Über verschiedene Streamingprojekte erreichte der Verein auch außerhalb Thüringens Bekanntheit. Ziele des Vereins sind die Durchführung von Projekten der Forschung, Wissenschaft & Bildung, Erziehung, Kunst & Kultur sowie der Völkerverständigung im Bereich elektronischer Medien. Außerdem werden ähnliche Vorhaben anderer Organisationen, die den Bereich elektronische Medien betreffen oder im Umfeld desselben angesiedelt sind, gefördert.

Mit freundlichen Grüßen

Forschungsgemeinschaft  
elektronische Medien e.V.

 **FEM**

Max-Planck-Ring 6d ► 98693 Ilmenau



**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Paßgesetzes und des Personalausweisgesetzes und des Thüringer E-Government-Gesetzes		
- Drucksache 7/1649 -		
1.	bei natürlichen Personen	
	Name	
	Vorname	
	bei juristischen Personen	
	Name	
Organisationsform		
Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Eingetragener Verein	
2.	bei natürlichen Personen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/>	
	(Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
	bei juristischen Personen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer	Richard-Breslau-Straße 14
	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person
	Kommunaler Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	

X Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Unterschrift

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

**Formblatt zur Datenerhebung  
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

*Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!*

Zu welchem <b>Gesetzentwurf</b> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Paßgesetzes und des Personalausweisgesetzes und des Thüringer E-Government-Gesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/1649 -		
1.	Haben Sie sich als <b>juristische Person</b> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	
	Organisationsform	
	Thüringischer Handwerksrat	
	e.V.	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Richard - Breblau - Str. 13	
	Postleitzahl, Ort	
	99094 Erfurt	
2.	Haben Sie sich als <b>natürliche Person</b> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	
	Vorname	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kommunales Spitzenverband i.S.d. §§ 126, 127 ThürKo, Art 91 Abs. 4 ThürVerf	
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Aufhebung des Papgesetzes und des Personal-ausweisungsgesetzes und des Thüringer E-Government-Gesetzes	
5	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7	<b>Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der          Beteiligtentransparenzdokumentation zu?</b> (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	
Götzt 03. Nov. 2020	

#### **4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**

(Keine Dokumente vorhanden)

## **5. Weitere Beiträge**

(Keine Dokumente vorhanden)

## **6. Diskussionsforum**

**(Keine Dokumente vorhanden)**